



Niederschrift
der ordentlichen Mitgliederversammlung
des
Landesverbandes Freie Wähler Schleswig-Holstein e. V.
am
20. Mai 2010

1. **Begrüßung**

Der Vorsitzende, Helmut Andresen begrüßt die anwesenden Mitglieder des Landesverbandes sowie die zahlreichen Gäste. Besonderen Dank richtet der Vorsitzende an die Ausrichter der Veranstaltung für die organisatorischen Vorbereitungen in Alveslohe, damit diese Mitgliederversammlung in einer so angenehmen Atmosphäre stattfinden kann.

Bevor die Versammlung gemäß der vorliegenden Tagesordnung fortgesetzt wird, wird darauf hingewiesen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Schriftführer zur Verfügung steht. Der Vorsitzende richtet sich mit der Bitte an das Plenum, die Wahl eines Schriftführers vorzuziehen, da sich Herr Max Plieske (WGB-Bosau) ggf. für dieses Amt zur Verfügung stellen würde. Die Versammlung beschließt einstimmig den Teilpunkt Wahl des Schriftführers vorzuziehen.

Wahl eines Schriftführers

Einziges Vorschlag: Max Plieske (WGB-Bosau)

Abstimmung:

Ja-Stimmen 31

Nein-Stimmen 0

Enthaltungen 2

Damit ist Herr Max Plieske zum Schriftführer gewählt. Er nimmt die Wahl an.

2. **Beschlussfähigkeit**

Insgesamt sind in der Mitgliederversammlung 62 Personen erschienen. Als Delegierte sind 33 Personen, also mehr als ein Drittel der Delegierten insgesamt, zu verzeichnen. Somit ist die Mitgliederversammlung beschlussfähig.

Herr Andresen stellt weiterhin fest, dass die Einladung frist- und formgerecht am 06. Mai 2010 versendet wurde.

3. **Eingaben und Anfragen**

Es wird festgestellt, dass keine Eingaben und Anfragen vorliegen. Anfragen aus der Versammlung liegen nicht vor.

4. **Einwendungen zur Niederschrift vom 24. April 2010** (Anlage 1 der Einladung)

Die Niederschrift wird ohne Ergänzungen oder Änderungen einstimmig genehmigt

5. **Bericht des Vorsitzenden** ([Anlage 2](#))

Der Vorsitzende, Herr Helmut Andresen weist daraufhin, dass das Jahr 2009 nicht nur ein Ereignisreiches, sondern auch ein Arbeitsintensives Jahr war. Er verzichtet darauf, alle Sachverhalte zu benennen und erläutert nur einige wesentliche Dinge. Aus seiner Sicht sei die Verbindung des Landesverbandes zur Partei der Freien Wähler als kritisch zu sehen. Grundsätzlich sei eine enge Zusammenarbeit aus Sicht Andresens auch gegenwärtig vertretbar. Allerdings haben Ereignisse in der zurück liegenden Zeit gezeigt, dass vielerorts die Verbindung

beider Organisationen nicht richtig verstanden wurde. So sei es häufig u. a. zu großen Missverständnissen gekommen. Der Vorsitzende betont, dass auch sein eigenes Engagement auf Parteiebene nicht immer Zustimmung gefunden habe. In der Nachbetrachtung bezeichnete der Vorsitzende diesen Sachverhalt als einen persönlichen Fehler.

Herr Andresen bedauert es sehr, dass zwischenzeitlich einige Wählergemeinschaften den Landesverband verlassen haben. Es sei nicht in jedem Fall möglich gewesen, die Probleme in persönlichen Gesprächen zu klären. Oftmals wurde ein Gesprächsangebot ausgeschlagen.

Der Vorstand hat im zurückliegenden Jahr zielstrebig und erfolgreich gearbeitet. Zwischenzeitlich (seit 22.06.2009) wurde dem Landesverband der Status der Gemeinnützigkeit zugesprochen. Somit können u. a. auch steuerlich wirksame Spendenbescheinigungen erstellt werden.

Vorstandssitzungen wurden am 06.06., 22.11. und 24.04. abgehalten. Die entsprechenden Protokolle können Sie auch heute gerne einsehen. Um die Arbeit innerhalb des Verbandes etwas mehr in der Breite zu öffnen schlägt der Vorsitzende vor, diese Vorstandssitzungen grundsätzlich für alle Mitglieder offen zu gestalten. Bei den Vorstandssitzungen selbst wurden insbesondere Punkte, wie die Mitgliederwerbung, der Internetauftritt, die bundesweiten Entwicklungen der Freien Wähler, die Informationsaufarbeitung und die Möglichkeit an den jeweiligen Gesetzgebungsverfahren teilzunehmen, erörtert.

Hinsichtlich der bundesweiten Bewegung der Freien Wähler, ist festzustellen, dass es viele Ungereimtheiten und viele Dissonanzen gegeben hat. Ausgelöst wurde diese Unruhe insbesondere durch die Entscheidung des Bundesverbandes, zur Europawahl anzutreten. Diese Entscheidung war aus Sicht des Vorstandes übereilt und ohne gute Vorbereitung getroffen worden. In aller Eile wurden neue Landesverbände gegründet, ohne zu prüfen, ob deren Mitglieder auch ansatzweise in den Bereich der Freien Wähler einzuordnen sind. Der Landesverband Bremen, der fast ausschließlich aus Personen des sehr rechten politischen Feldes kamen war ein typisches Beispiel dafür. Viele Trittbrettfahrer, die über diesen Weg glaubten Karriere machen zu können konnten sich in die Bewegung einschleichen. Nach unserer Trennung vom Bundesverband habe ich, als Vorsitzender des Landesverbandes dennoch den Kontakt gehalten und stehe auch heute noch in relativ guter Verbindung zu den einzelnen Landesvorsitzenden und dem Bundesvorsitzenden Herrn Hubert Aiwanger.

Weiterhin bezieht der Vorsitzende zu den Themen Beteiligungsverfahren an Gesetzesvorhaben, Internetauftritt des Verbandes sowie zur Mitgliederwerbung Stellung. Konkret merkt Herr Andresen an, dass der Wunsch, als Landesverband kontinuierlich zu wachsen, die Mitarbeit aller Mitglieder bedinge. Schleswig-Holstein ist ein relativ großes Flächenland und da fällt es schwer, als Einzelner mehrere hundert Kilometer zu jeder regionalen Wählergemeinschaft zu fahren und dann möglicherweise ohne positives Ergebnis nach Haus zu fahren. In diesem Kontext beschreibt Herr Andresen ein sehr positives Beispiel für Mitgliederwerbung. Anlässlich einer Veranstaltung in Sülfeld (Kreis Segeberg) hatte die örtliche Wählergemeinschaft ein Treffen mit 12 Wählergemeinschaften organisiert. So konnten unsere Ideen und Ziele einem größeren Publikum nahe gebracht werden und mit den Wählergemeinschaften direkt erörtert werden. Zwischenzeitlich haben sich acht, dieser Wählergemeinschaften als Mitglied dem Landesverband angeschlossen. An dieser Stelle auch noch mal seinen persönlichen Dank an Herrn Röver von der ABS in Sülfeld.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass nach dem Austritt der Kreiswählergemeinschaft Nordfriesland aus dem Landesverband, Frau Edlefsen als Beisitzerin ausgeschieden ist. Weiterhin wird berichtet, dass Herr Tech als nicht stimmberechtigtes Mitglied des Vorstandes seinen Rücktritt von diesem Amt erklärt hat. Herr Andresen dankt an dieser Stelle allen Vorstandsmitgliedern, die ihn bei seiner Arbeit unterstützt haben und er hofft, dass heute ein neuer Vorstand gewählt wird, der die Arbeit im Sinne der Satzung für die Bürger in Schleswig-Holstein weiterführen wird.

Frau Thomsen-Marwitz bedankt sich insbesondere bei dem Vorsitzenden für seine Arbeit. In einer sich an den Bericht des Landesverbandsvorsitzenden anschließenden, kurzen Aussprache ergänzen Herr Schneider, Herr Tech, Herr Voht, Herr Muhs, Herr Buderius, Herr Andresen, Herr Groß sowie Frau Hohnerlah den Vortrag unter Berücksichtigung der regionalen Erkenntnisse. Fragestellungen, die sich ergaben, konnten im Wesentlichen beantwortet werden.

6. Grußworte

Herr Bürgermeister Peter Kroll überbringt als Gastgeber dem Landesverband Grußworte seiner Gemeinde und wünscht der Mitgliederversammlung einen erfolgreichen Verlauf.

7. Antrag auf Satzungsänderung

(Anlage 3)

Herr Muhs merkt an, dass diese angestrebte Satzungsänderung im Grunde nur konsequent sei. Während der Gründungsphase sei die bisherige Beteiligungsform der Partei FW-SH sicher sinnvoll gewesen. Unter der Berücksichtigung der zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen, sowie veränderter Rahmenbedingungen ist eine Anpassung an die Gegenwart sinnvoll. Herr Schneider unterstützt diese Sichtweise. Herr Hildebrand merkt an, dass auch die Wählergemeinschaften mehrheitlich für eine strikte, organisatorische Trennung zwischen Partei und Landesverband unabdingbar sei. Deshalb wäre eine weitere, für beide Organisationen zielführende Zusammenarbeit mit der Partei nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen	23
Nein-Stimmen	6
Enthaltungen	2

Hinweis 1. zum Protokoll:

Nach dem Ergebnis der Abstimmung meldet sich Herr Machoy zu Wort und teilt der Versammlung mit, dass nach dieser Entscheidung, die Satzung antragsgemäß zu ändern, die FWG-Kreis Ostholstein mit sofortiger Wirkung aus dem Landesverband austritt. Herr Detlef Kloth erklärt für die FWE (Freie Wähler Eutin) dass diese Vereinigung ebenfalls umgehend aus dem Landesverband austritt. Herr Heinz Lange schließt sich mit gleichem Text im Namen der Freien Wähler Malente an und erklärt den Austritt. Frau Inge Tech teilt mit, dass die Freien Wähler Süsel auch aus dem Landesverband austreten. Nach diesen Erklärungen verlassen die vorg. Personen gegen 11.23 Uhr die Versammlung.

Hinweis 2. zum Protokoll:

Nach Verlassen der vorg. Personen sind 28 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

8. Antrag auf Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung

(Anlage 4)

Die Vorlage zur Änderung des vorg. Antrages wird gemeinsam erörtert. Die Herren Buderius, Röber, Schneider, Kluge, Gülk sowie der Vorsitzende bewerten unterschiedliche Formulierungen und neue Vorschläge auf ihre Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit. Auch Aspekte der Gleichbehandlung aller Mitglieder werden diskutiert.

Herr Buderius stellt folgenden Änderungsantrag:

„Erhebung von Mitgliedsbeiträgen auf sog. Wahlberechtigte begrenzen.“

Frau Hohnerlah schlägt nach längerer Debatte folgenden Änderungstext vor:

„Auf Antrag einer Wählergemeinschaft kann die Beitragspflicht auf 100 (einhundert) zahlende Mitglieder begrenzt werden.“

Hinweis 3. Zum Protokoll: _____

Herr Buderius zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Abstimmung: Vorschlag Frau Hohnerlah

Ja-Stimmen	25
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Kassenbericht und Entlastung des Vorstandes (Anlage 5)

Die Kassenprüfer teilen mit, dass nach eingehender Prüfung festgehalten werden kann, dass die Kasse ordentlich und wirtschaftlich geführt wurde. Insbesondere das offensichtliche private, finanzielle Engagement des Vorstandes habe sehr zum gegenwärtigen, positiven Kassenbestand beigetragen. Für den Berichtszeitraum wurden folgende Beträge ermittelt:

Einnahmen Mitgliedsbeiträge	1292,00 €
Einnahmen Sonstige	54,71 €
Gesamteinnahmen	1346,71 €

Ausgaben	222,68 €
----------	----------

<u>Kassenstand 31.12.2009</u>	<u>1124,03 €</u>
-------------------------------	------------------

Die Kassenprüfer beantragen die Entlastung des Vorstandes sowie des Schatzmeisters.

Abstimmung:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

9. Wahl eines Wahlausschusses

Für den Wahlausschuss werden folgende Personen vorgeschlagen:

Herr Schneider

Herr Aders

Herr Schendel.

Es wird Blockwahl vorgeschlagen. Es wird keine geheime Wahl beantragt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen	28
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Damit ist der Wahlausschuss bestellt und leitet die Vorstandswahlen.

10. Wahl der Vorstandsmitglieder

Die einzelnen Vorschläge sind in der unten stehenden Tabelle aufgeführt.

Zu den jeweils einzelnen Wahlgängen wurden keine Anträge auf geheime Wahlen gestellt. Alle

gewählten Kandidaten erklärten, die Wahl anzunehmen. Helmut Andresen erklärt, dass er nur noch für maximal ein Jahr zur Verfügung steht.

1. Vorsitzender	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Helmut Andresen <i>KWGG Grödersby</i>	26	0	2
Erster Stellvertreter			
Gregor Voht <i>BfL Lübeck</i>	27	0	1
Zweiter Stellvertreter			
Helmut Groß <i>UWF Flintbek</i>	27	0	1
Schatzmeister			
Frank Hildebrand <i>AAWGS Schleswig</i>	27	0	1
Schriftführer			
Max Plieske * <i>WGB Bosau</i>	31	0	2
* zu Beginn der Sitzung gewählt			
Beisitzerinnen und Beisitzer*			
* Blockwahl beantragt			
Bruno Böhm <i>BfL Lübeck</i>	23	0	5
Norbert P. Hoppe <i>KWGP Pinneberg</i>	23	0	5
Erk- Gerrit Quedens <i>WiF Flensburg</i>	23	0	5
Karin Seebeck <i>Alveslohe</i>	23	0	5
Karin Honerlah <i>WHU Henstedt-Ulzburg</i>	23	0	5
Dr. Charlotte Jurenz <i>WGB Bosau</i>	23	0	5

11. Wahl der Kassenprüfer

Es werden folgende Personen als Kassenprüfer vorgeschlagen:

Herr Björn Marwede

Herr Michael Muhs

Es wird Blockwahl vorgeschlagen. Es wird keine geheime Wahl beantragt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

Damit sind die vorg. Personen zu Kassenprüfern bestellt. Die Gewählten Kandidaten nehmen die Wahl an.

Die Versammlung wird von 13.00 Uhr bis 14.00 Uhr aufgrund der Mittagspause unterbrochen.

12. Vortrag über Windenergie – Chancen und Risiken

Herr Helmut Groß berichtet über die Problemfelder im Zusammenhang mit dem Bau von Windkraftanlagen. ([Anlage 6](#))

13. Verschiedenes

Es wird seitens der Mitglieder angeregt sich als Landesverband gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung zu positionieren. Seitens des Landesvorsitzenden wird darum gebeten Stellungnahmen zum Sparpakete zu verfassen und dem Vorstand zukommen zu lassen, damit dieser die unterschiedlichen Stellungnahmen sammeln, zusammenfassen und auch zur Abstimmung bringen kann. Gegebenenfalls könnte dafür auch ein Internetforum eingerichtet werden.

Beginn der Mitgliederversammlung 10.10 Uhr

Ende der Mitgliederversammlung 14.45 Uhr

gez. Max Plieske

Schriftführer

gez. Helmut Andresen

Vorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort

Eingangs kann ich sagen, dass ich mit den Freien Wählern insbesondere 2009 ein sehr ereignisreiches Jahr erlebt habe. Alle Ereignisse aufzuzählen würde sicher den heutigen Rahmen sprengen und ich möchte mich deshalb auf ein paar wesentliche Dinge konzentrieren, die für den Landesverband von großer Bedeutung waren.

Partei

Dabei möchte ich mit dem sehr kritischen Punkt, der Verbindung zur Partei Freie Wähler Schleswig-Holstein beginnen. Sie wissen sicher, dass ich immer ein Befürworter für die enge Zusammenarbeit mit dieser Partei war. Prinzipiell wäre aus meiner Sicht diese Richtung auch heute noch vertretbar. Leider haben aber die Ereignisse, die es in der Vergangenheit gegeben hat, gezeigt, dass wir hier großen Schaden erlitten haben. Vielerorts wurde die Verbindung dieser beiden Organisationen nicht richtig verstanden und es kam sehr häufig zu großen Missverständnissen. Dass ich selbst dann auch noch Mitglied in dieser Partei und dort auf Platz 2 für den Landtag kandidiert habe, war sicher mein größter Fehler, der ganz klar dem Verband geschadet hat. Es hilft auch nichts, wenn ich jetzt sagen würde, dass es auch viele Mitglieder aus dem Landesverband gegeben hat, die mich darum gebeten haben, für die Partei anzutreten. Ich bin selbst alt genug, und muss die Verantwortung für meine Fehler auch selbst tragen und ich wiederhole es noch einmal in aller Deutlichkeit. Dies war von mir persönlich ein großer Fehler. Deshalb habe ich auch gegenüber der Partei erklärt, dass ich dort keine führende Position mehr einnehmen möchte. Insofern findet auch der Antrag auf Satzungsänderung gemäß TOP 8 meine Unterstützung. Wir haben durch die satzungsgemäße Bindung an die Partei ein Stück Freiheit der Wählergemeinschaften aufgegeben. Prinzipiell waren unsere Mitglieder ja aufgefordert, die Partei zu unterstützen und dies habe ich doch deutlich unterschätzt, hat es doch hier auch sehr viel mit persönlichen Einstellungen Einzelner etwas zu tun. Es reicht ja schon, wie mir in einem Fall sehr deutlich mitgeteilt wurde, dass eine Wählergemeinschaft einen Kandidaten der Partei überhaupt nicht ausstehen konnte, um dann dem Landesverband die Mitgliedschaft aufzukündigen. So haben uns beispielsweise die Wählergemeinschaften aus Fleckeby und Nordfriesland verlassen, was ich sehr bedaure. Leider war es nicht möglich die Probleme persönlich zu klären, da ein solches Gesprächsangebot ausgeschlagen wurde. Der Landesverband aber soll als unterstützendes Organ für alle Wählergemeinschaften ohne politisch ideologische Bindung fungieren. Dennoch halte ich den Kontakt zu Herrn Tech weiter aufrecht, da ich in ihn auch einen Mitstreiter bei uns sehe, mit dem ich sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet habe. Dies wird aber nicht mehr öffentlich geschehen, um den Landesverband auch nach außen als eigenständige Organisation darstellen zu können. Dieses Thema könnte man sicher auch noch viel breiter beleuchten. Ich möchte es aber bei diesen Erklärungen zunächst bewenden lassen.

Vorstandssitzungen

Was hat der Verband, bzw. der Vorstand in dem letzten Jahr gemacht?

Es wurde der Antrag auf Eintragung ins Vereinsregister in Flensburg gestellt und wir haben seit dem 22.06.09 den Status eines eingetragenen Vereins und sind als gemeinnützige Organisation anerkannt. Damit können wir auch steuerlich wirksame Spendenbescheinigungen ausstellen. Die Eintragung ist erfreulicherweise sehr schnell und auch sehr unproblematisch verlaufen. Vorstandssitzungen wurden am 06.06., 22.11. und 24.04. abgehalten. Die entsprechenden Protokolle können Sie auch heute gerne einsehen. Um die Arbeit innerhalb des Verbandes etwas mehr in der Breite zu öffnen würde ich hier auch gerne noch einmal anregen, diese Vorstandssitzungen grundsätzlich für alle Mitglieder offen zu gestalten.

Bei den Vorstandssitzungen wurden insbesondere Punkte, wie die Mitgliederwerbung, der Internetauftritt, die bundesweiten Entwicklungen der Freien Wähler, die Informationsaufarbeitung und die Möglichkeit am Gesetzgebungsverfahren teilzunehmen besprochen.

Die Mitgliederwerbung sollte nach meiner Einschätzung ein Stück weit mehr von allen Mitgliedern aktiv betrieben werden, damit der Landesverband weiter wachsen und damit auch an politischem Gewicht gewinnen kann.

Bundesverband

Was die bundesweite Bewegung der Freien Wähler angeht, so hat es viele Ungereimtheiten und viele Dissonanzen gegeben. Ausgelöst wurde diese Unruhe erstmalig durch die Entscheidung des Bundesverbandes zur Europawahl anzutreten. Diese Entscheidung war sehr übereilt und ohne gute Vorbereitung getroffen worden. In aller Eile wurden neue Landesverbände gegründet, ohne zu prüfen, ob deren Mitglieder auch ansatzweise in den Bereich der Freien Wähler einzuordnen sind. Der Landesverband Bremen, der fast ausschließlich aus Personen des sehr rechten politischen Feldes kamen war ein typisches Beispiel dafür. Viele Trittbrettfahrer, die über diesen Weg glaubten Karriere machen zu können konnten sich in die Bewegung einschleichen. Nach unserer Trennung vom Bundesverband habe ich dennoch den Kontakt gehalten und stehe auch heute noch in relativ guter Verbindung zu den einzelnen Landesvorsitzenden und dem Bundesvorsitzenden Herrn Hubert Aiwanger. Zurzeit laufen allerdings seitens des Bundesverbandes Bestrebungen in jedem Bundesland zur Landtagswahl anzutreten, auch wenn der jeweilige Landesverband dies strikt ablehnt. Sehr deutlich wird dies an dem Beispiel Baden-Württemberg. Der dortige Landesverband existiert seit 1956 und hat über 100.000 Mitglieder. Auf einer Delegiertenversammlung haben sich die Freien Wähler in Baden-Württemberg mit 246 von 248 Stimmen gegen eine Beteiligung an den Landtagswahlen entschieden. Dennoch hat der Bundesverband dort jetzt eine neue Gruppierung aus der Taufe gehoben, um als Freie Wähler 2011 zur Landtagswahl anzutreten. Dies sind aus meiner Sicht keine guten Entwicklungen. Ich werde sicher das Geschehen weiter beobachten und den Kontakt sowohl zum Bundesverband als auch zu den verschiedenen Landesverbänden, insbesondere auch Baden-Württemberg halten. Einen Wiedereintritt in den Bundesverband halte ich allerdings unter den gegebenen Voraussetzungen nicht für sinnvoll. Allein die Mitgliedschaft in einer bundesweiten Organisation wird uns ohnehin in Schleswig-Holstein in unserer Arbeit nicht viel weiterbringen.

Beteiligungsverfahren

Lassen Sie mich nun ein paar Worte zu den Beteiligungsverfahren bei der Gesetzgebung in Schleswig-Holstein sagen. Sie haben ja die verschiedenen Unterlagen mit der Bitte um Stellungnahme erhalten. Dabei ging es bei den letzten drei Beteiligungen um den Bereich Bildung. Hier muss man sich natürlich die Frage stellen, wie eine solche Beteiligung grundsätzlich in unseren demokratischen Verfahrensabläufen zu Stande kommt. Es wäre falsch zu glauben, dass in irgendeinem Ministerium jemand sitzt, der nach Organisationen Ausschau hält, die man eventuell in der Gesetzgebung beteiligen könnte. Um so auffällig zu sein, dass man an uns nicht vorbeikommt, müssen wir noch viel tun, insbesondere müssen wir dazu an zahlenmäßiger Größe gewinnen. Parteiführer sind meist Opportunisten und berücksichtigen Organisationen dann, wenn sie dort viele Wählerstimmen vermuten. Hier musste ich somit den Hebel ansetzen. Da mir als Bürgermeister und Schulverbandsmitglied aktuell ein Thema sehr nah war, habe ich einen Antrag auf Änderung des Schulgesetzes formuliert. Diesen habe ich dann Frau MdL Heike Franzen zugesandt mit der Bitte diesen Antrag ins Parlament einzubringen. Dabei habe ich auch bewusst darauf hingewiesen, dass es mir nicht wichtig ist, diesen Antrag als Antrag der Freien Wähler einzubringen. Wenn sie den Inhalt des Antrages unterstützen können, wäre ich auch mit einem inhaltlich identischen Antrag der CDU-Fraktion sehr einverstanden. Frau Franzen ist Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung innerhalb der CDU-Fraktion

und hat meinen Antrag mit in den Arbeitskreis genommen und auch bei Beratungen im Ministerium vorgelegt. Über diesen Weg wurden dann die zuständigen Referenten des Ministeriums auf uns aufmerksam. Gleichzeitig habe ich, nachdem ich über einen Bürgermeisterkollegen den ersten Referentenentwurf zum neuen Schulgesetz erhielt das Ministerium direkt angeschrieben und auf ein paar Punkte in diesem Referentenentwurf aufmerksam gemacht. Damit waren wir bei den zuständigen Personen als zu beteiligende Organisation aufgenommen und werden seither bei Gesetzesvorhaben des Kultusministeriums beteiligt. In dem Zusammenhang erinnere ich daran, dass wir die Stellungnahme zum Schulgesetz bald abgeben müssen und ich deshalb auch bald Ihre Stellungnahmen benötige, um sie zusammenfassend dem Ministerium zukommen zu lassen.

In naher Zukunft stehen weitere wichtige Gesetzesänderungen an, die ganz besonders die amtsangehörigen Gemeinden betreffen werden. Ich spreche hier von der Veränderung der Amtsordnung auf Grund des Gerichtsurteils. Hier ist wieder ein anderes Ministerium zuständig und wir müssen, wollen wir unsere Interessen auch hier vertreten, einen ähnlichen Weg einschlagen, um eine Beteiligung zu erreichen. Schicken Sie also Ihre Vorschläge rechtzeitig an den Vorstand, damit dieser sich bei den entsprechenden Stellen mit sachlichen Vorschlägen einbringen und eine Beteiligung erreichen kann. Natürlich sollten wir diese Beteiligungen auch nicht überschätzen. Die Regierungsparteien werden sich zwar unsere Vorschläge, zumindest der eine oder andere Abgeordnete, durchlesen. Ob diese dann berücksichtigt werden, ist eine ganz andere Frage. Aber dass der Schullastenausgleich im neuen Schulgesetz prinzipiell so geordnet wird, wie ich dies vorgeschlagen habe, war keine Idee der Regierungsparteien und kann somit als erster Erfolg einer landesweiten politischen Arbeit angesehen werden.

Internet

Unser Internetauftritt könnte gerne eine Erneuerung erfahren. Unsere Homepage habe ich bisher allein erarbeitet und ins Internet gestellt. Nun kann ich ganz gut programmieren habe aber überhaupt kein Gefühl für Layout. So gibt es immer wieder einmal Kritik an dieser Seite nach dem Motto, dass sieht alles nicht so gut aus. Ich kann mit der Kritik zwar leben, aber sie hilft nicht, solange diese Kritik nicht konstruktiv ist. Konstruktiv wäre ein Layoutvorschlag oder ein Vorschlag zur Farbgestaltung. Solche Vorschläge können auch handschriftlich erfolgen, bunt aufgemalt auf ein Blatt Papier. Die Umsetzung kann ich gerne übernehmen.

Seit einiger Zeit habe ich auch einen geschlossenen Bereich in die Homepage integriert und dort Informationen nach Themengebieten sortiert dargestellt. Falls Sie Vorschläge zu diesen Themen haben oder Ideen zu weiteren Themen, so können diese dort selbstverständlich mit eingearbeitet werden. Nutzen Sie die Chance und senden Sie mir Ihre Vorschläge.

Mitgliederwerbung

Ein paar Worte zur Mitgliederwerbung. Mitgliederwerbung ist mühsame Kleinarbeit. Wollen wir als Landesverband kontinuierlich wachsen, so sollten alle Mitglieder mitarbeiten. Schleswig-Holstein ist ein relativ großes Flächenland und ich wohne ziemlich weit im Norden. Es fällt mir dann auch schwer, für jede einzelne Wählergemeinschaft mehrere hundert Kilometer zu fahren und dann möglicherweise ohne positives Ergebnis nach Haus zu fahren. Ein sehr positives Beispiel für Mitgliederwerbung war eine Veranstaltung in Süfeld. Dort hat die örtliche Wählergemeinschaft ein Treffen mit 12 Wählergemeinschaften organisiert. So konnte ich unsere Ideen und Ziele einem größeren Publikum nahe bringen und mit den Wählergemeinschaften erörtern. 8 dieser Wählergemeinschaften sind mittlerweile Mitglied im Landesverband. Deshalb an dieser Stelle auch noch mal meinen persönlichen Dank an Herrn Röver von der ABS in Süfeld.

Wahlen

An dieser Stelle möchte ich schon auf unseren Tagesordnungspunkt 11 hinweisen. Der Verband ist gewachsen und es hat viele Ereignisse gegeben, die es aus meiner Sicht als unabdingbar erscheinen lassen, den Vorstand neu zu wählen. In der Einladung habe ich bereits darauf hingewiesen und um Vorschläge aus Ihren Reihen gebeten. Ich möchte jetzt noch einmal an diesen Hinweis erinnern, damit wir später in der Tagesordnung dann auch Vorschläge für die Neubesetzung des Vorstandes erhalten. Gleichzeitig möchte ich noch einmal sehr deutlich machen, dass ich selbst maximal noch ein Jahr zur Verfügung stehe, gerne aber schon jetzt das Amt des Vorsitzenden abgeben würde.

Vorstand / Danke

Aus dem Vorstand ist durch Austritt der der Kreiswählergemeinschaft Nordfriesland, Frau Edlefsen als Beisitzerin ausgeschieden.

Herr Tech als nicht stimmberechtigtes Mitglied des Vorstandes hat seinen Rücktritt von diesem Amt erklärt. Auch das sollte uns den Punkt Satzungsänderung erleichtern.

Danken möchte ich an dieser Stelle den Vorstandsmitgliedern, die mich bei meiner Arbeit unterstützt haben und ich hoffe, dass wir auch heute einen neuen Vorstand wählen werden, der die Arbeit im Sinne unserer Satzung für die Bürger in Schleswig-Holstein weiterführen wird. Recht herzlichen Dank.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Wenn Sie Fragen zu meinem Bericht haben, stehe ich natürlich gerne zur Verfügung.

(es gilt das gesprochene Wort)

Zum Thema Windenergie

Im Kampf gegen den Klimawandel sind die Klimaschutzziele ohne einen konsequenten Umbau der Energieversorgung nicht zu erreichen.

Die Windenergie deckt bereits ca. 35% des Energiebedarfes in SH und hat sich als bedeutsamer Wirtschaftsfaktor in SH entwickelt und Gemeinden werden Steuereinnahmen versprochen.

Windkraftanlagen sind privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich. Zulässig sind sie, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen. In erster Linie steht dem das Naturschutzrecht entgegen mit dem Prüfauftrag, ob die Folgen des Eingriffs vermeidbar sind. Ferner Art. 20 a GG: Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen ...

Hierzu gehört auch das Landschaftsbild.

Eine sachgerechte Entscheidung für eine Technik oder einen Standort fordert daher von jedem Gemeindevertreter eine sachliche Abwägung der Verhältnismäßigkeit zwischen Klimaschutzzielen und Eingriff in das Landschaftsbild und mögliche Gefahren durch Lärm, Schattenwurf und Wertverlust der betroffenen Immobilien und den Nachteilen für die Siedlungsentwicklung.

Die weitere Entwicklung neuerer Techniken und Standards im Gebäudebau wird sicherlich wesentlich umweltverträglicher sein als der Landschafts- und Naturverbrauch durch weitere und größere Windmühlen, die keine pünktlich zuverlässige Energiemenge bereitstellen kann.